

## Debatte

## Polizeilicher Umgang mit Risikoverhalten in der Schweiz



Markus Jungo\*



Sabine Riniker\*\*



Raoul Jaccard\*\*\*

- \* Leiter Polizeiliche Koordinationsplattform Sport (PKPS)
- \*\* Leiterin Rechtsdienst, Polizei Kanton Solothurn
- \*\*\* Chef Psychologischer Dienst, Kantonspolizei Neuenburg

Ein kurzes Porträt der Interviewteilnehmer und ihrer Institutionen liegt am Ende der Debatte vor.

*Für Behörden, und in erster Linie für die Polizei, ist der Umgang mit Risikoverhalten ein zentrales Thema geworden. Institutionalisierte Modelle kennt man heute vor allem unter dem Begriff «Kantonales Bedrohungsmanagement». Das **format** magazine bat drei Fachpersonen mit verschiedenen Funktionen in diesem Bereich, sich zum Thema zu äussern. Ihre Ansichten decken sich in verschiedener Hinsicht, so zum Beispiel bezüglich der Wichtigkeit der interdisziplinären Zusammenarbeit. Allerdings gibt es auch unterschiedliche Ansatzpunkte und Praktiken, die damit zusammenhängen, dass diese Thematik komplexe juristische und gesellschaftliche Fragen aufwirft.*

**format** magazine: Was genau umfassen Ihrer Meinung nach die Begriffe «Umgang mit Risikoverhalten» und «Bedrohungsmanagement»? Was sind Ihre Aufgaben auf diesem Gebiet?

**Raoul Jaccard:** Der Begriff «Bedrohungsmanagement» umfasst a) die Erkennung, das heisst die Instrumente, mit denen Frühwarnsignale für mögliche Gewalttaten identifiziert werden, b) die Risikobeurteilung hinsichtlich einer Tatumsetzung, c) die für die Entschärfung einer Situation und die Verhütung der Tat eingesetzten Mittel und d) das Monitoring (oder Überwachen) der potenziell gewalttätigen Person. Analog zu den Fachstellen für Bedrohungsmanagement der Kantonspolizeien, die in diesem Bereich

Pionierarbeit geleistet haben (Solothurn, Zürich und Bern), hat das Team «Bedrohungen und Gewaltprävention» (*Menaces et prévention de la violence*, MPV) der Kantonspolizei Neuenburg den Auftrag, präventives Fallmanagement zu betreiben bei schweren Drohungen und Risikosituationen, die in schwere Gewalt münden könnten. Es handelt sich dabei insbesondere um schwere häusliche Gewalt, Morddrohungen, Stalking, mögliche Amoktaten usw. Die Arbeit des MPV gestaltet sich entweder fallbegleitend im Rahmen eines Strafverfahrens oder rein präventiv. Das MPV unterstützt die Entschlussfassung bei polizeilichen Einsätzen (Zusammenspiel zwischen «Theorie» und «Praxis») und steht als «Kompetenzzentrum» weiteren Amtsstellen bei, die mit dieser Problematik konfrontiert sind (Unterstützung, Ausbildung, Koordination usw.). Das MPV agiert vorwiegend proaktiv.

**Sabine Riniker:** Die Begriffe werden gerade in den Medien als Synonyme verwendet. Wir unterscheiden wie folgt: Seit jeher, d.h. bereits vor der Schaffung unserer Fachstelle Kantonales Bedrohungsmanagement (FS KBM), stellte der Umgang mit Risikoverhalten in einem weiten Sinn eine zentrale Hauptaufgabe der Polizei dar. Nicht jedes Risikoverhalten ist relevant für das KBM. Dieses beginnt erst, wenn wir aufgrund eigener Wahrnehmungen oder auf Informationen Dritter von einem Verhalten (Tun oder Unterlassen) erfahren, dem ein Risiko für Leib und Leben einer anderen Person innewohnen könn-

te. Nicht darunter fallen beispielsweise eigengefährliches Verhalten und Drittfährdungen in finanzieller Hinsicht (z.B. Enkeltrick-Betrüger). Sobald eine relevante Information eingeht, verlangt der professionelle Umgang eine erste Risikoeinschätzung, allenfalls verbunden mit weiteren Abklärungen. Danach wird über geeignete Entschärfungsmassnahmen entschieden. Eine Massnahme kann ein eigentliches interdisziplinäres Fallmanagement sein. Ich war an der Ausarbeitung der Rechtsgrundlagen beteiligt – Gesetz über die Kantonspolizei (KapoG), Verordnung, welche die Aufbewahrungsdauer regelt, sowie Betriebsreglement für die Datensammlung. Heute bearbeite ich auch aus dem KBM-Bereich Gesuche um Dateneinsicht und -herausgabe sowie -löschung inkl. Beschwerdefälle. Ausserdem ziehen mich die operativen Sachbearbeiter der Fachstelle KBM manchmal beratend bei. Dabei geht es um die Abklärung weiterer rechtlicher Möglichkeiten im konkreten Fall.

**Markus Jungo:** Unsere Stelle, die PKPS (Polizeiliche Koordinationsplattform Sport), umfasst zwei Vollzeitstellen und beschäftigt sich in erster Linie mit Risikoverhalten im Umfeld von Sportveranstaltungen, mit den sogenannten «Riskfans». Diese sind in die Kategorien «Hooligans», «Ultras» und «erlebnisorientierte Fans» zu unterteilen. Jede dieser Gruppierungen hat ein eigenes Muster hinsichtlich Risikoverhalten. Ultras treten in den Farben ihrer Klubs auf und unterstützen diese teilweise fanatisch, wobei im Zusammenhang mit übermässigem Alkoholgenuß auch eine gewisse Gewaltbereitschaft klar vorhanden ist. Das Interesse von Hooligans, die meist gut gekleidet und straff organisiert sind, gilt hingegen vorweg gewalttätigen Auseinandersetzungen. Auch erlebnisorientierte Fans haben ein hohes Gewaltpotential. Sie nehmen des «Kicks» wegen an Spielen teil, nach dem Credo, etwas zu erleben. Diese Muster gilt es zu kennen, um überhaupt Risikoabschätzungen vornehmen zu können. Anders gesagt: Um Risikoverhalten antizipieren zu können, muss man die lokalen Szenen im Detail kennen. Jeder Kanton bleibt beim Abschätzen dieser Risiken souverän. Die PKPS gibt Empfehlungen ab und beschafft, analysiert und verbreitet Informationen im Zusammenhang mit Risikoverhalten. Zudem lädt sie in Problemsituationen zu operativen Debriefings ein. Sie ist schweizweit für die Koordination von polizeilichen

wie privaten Institutionen verantwortlich, indem sie die involvierten Player gemeinsam an einen Tisch bringt.

**format magazine:** *Wie wichtig ist im Bedrohungsmanagement die interdisziplinäre oder interinstitutionelle Zusammenarbeit? Wer sollte idealerweise den Lead übernehmen?*

**Sabine Riniker:** Die interdisziplinäre und die interinstitutionelle Zusammenarbeit gehören zur Grundkonzeption des KBM. Dementsprechend wurden bereits die Rechtsgrundlagen erarbeitet. Gerade darin liegt die Bedeutung des KBM. Die Einzelfälle in der Praxis zeigen die Bedeutung der interdisziplinären und interinstitutionellen Zusammenarbeit immer wieder auf. Ohne diese kann in den allermeisten Fällen keine nachhaltige Deeskalation erzielt werden. Der Lead im Sinne einer zentralen Kontaktstelle, welche über die relevanten Informationen verfügt und 24/7 zur Verfügung steht, kann nur von der Polizei ausgeübt werden.

**Markus Jungo:** Im Risikomanagement sowie im Bedrohungsmanagement ist diese Zusammenarbeit unabdingbar. Auf nationaler Ebene liegen Koordination und Austausch in der Verantwortung der PKPS. International findet der Austausch über die Sektion Hooliganismus (SH) von fedpol über den *National Football Information Point* (NFIP) statt.

**Raoul Jaccard:** Ein wirksames Bedrohungsmanagement basiert auf einer vernetzten Arbeitsweise mit verschiedenen Partnern, wo Zusammenarbeit und Informationsaustausch sichergestellt sind. Um eine situationsgerechte Bedrohungsmanagement-Strategie festlegen und umsetzen zu können, finden sich die Netzwerkpartner zu Sitzungen zusammen. Je nach Bedarf zieht das MPV Fachspezialisten bei: Staatsanwälte, Sozialarbeiter der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB), Spezialisten für Opfer- oder Täterbetreuung, Kriminologen des Amtes für Straf- und Massnahmenvollzug oder Ärzte des Neuenburger Zentrum für Psychiatrie usw. Dadurch soll der Einstellung vorgebeugt werden, die Arbeit

*Ein wirksames Bedrohungsmanagement basiert auf einer vernetzten Arbeitsweise mit verschiedenen Partnern.*

sei beendet, sobald man den Bericht an die folgende Stelle weitergeleitet hat. Die Partner tauschen relevante Informationen aus, diskutieren und legen mögliche kurz-, mittel- und langfristige Handlungsoptionen fest. Die Frage nach dem Lead muss je nach kantonalen Gegebenheiten festgelegt werden. Was mir dabei zentral scheint, sind praktische und operative Aspekte. Bedrohungsmanagement hängt insbesondere von einer 24-Stunden-Verfügbarkeit ab und bedingt, dass der Zugriff auf die verschiedenen Datenbanken gewährleistet ist und dass rasche Handlungsinstrumente zur Verfügung stehen. Aus diesen Gründen scheint es sinnvoll, dass der Lead bei der Polizei liegt.

**form<sup>at</sup> magazine:** Welcher Austausch und welche Art von Koordination findet aktuell auf Schweizer bzw. auf internationaler Ebene unter den Beteiligten des Bedrohungsmanagements statt? Wo sehen Sie hier allenfalls Verbesserungspotenzial?

**Markus Jungo:** Im operativen Bereich findet der Austausch mit den Vertretern der dezentralen Fachstellen der Schweiz statt, der sogenannten DeFa-Konferenz. Alle Kantone sowie die Transportpolizei und das Fürstentum Liechtenstein nehmen an diesem Austausch aktiv teil. Zudem arbeitet unsere Plattform sehr eng mit der Sektion Hooliganismus von fedpol zusammen. Die strategische Ausrichtung der Plattform ist Sache der Steuerungsgruppe. Die PKPS ist des Weiteren Bindeglied zu privaten oder anderen staatlichen Organisationen wie Fanarbeit Schweiz, SBB, Transportpolizei, Fussball und Eishockey. Verbesserungspotenzial ist indes noch einiges vorhanden. Arbeitsweisen müssen vereinheitlicht und der Informationsfluss verbessert und beschleunigt werden. Zu unserer Arbeit gehört es auch, dass wir in verschiedensten Arbeitsgruppen vertreten sind, so etwa in der GiUS (Gewalt im Umfeld von Sportveranstaltungen), in Bewilligungsbehörden auf politischer Ebene und in weiteren, nationalen

*Arbeitsweisen müssen vereinheitlicht und der Informationsfluss verbessert und beschleunigt werden.*

Netzwerken, die aktiv und lösungsorientiert in diesem Bereich tätig sind. Unsere Stelle ist zudem das einzige, operative Organ für die KKKPS und KKJPD. Derzeit ist die PKPS in Zusammenarbeit mit fedpol (Sektion Hooliganismus) am Aufbau eines

nationalen Lagebilds Sport. Über diesen SharePoint laufen künftig sämtliche Informationen zusammen – ein Austausch, in den auch polizeiexterne Partner involviert sind.

**Sabine Riniker:** In den vergangenen Jahren entwickelte sich die Fachrichtung «Bedrohungsmanagement» laufend weiter. In der Schweiz treffen sich die Fachverantwortlichen der Kantone, in welchen ein Bedrohungsmanagement besteht, jährlich zum Erfahrungsaustausch. Zudem finden Weiterbildungen sowie nationale und internationale Kongresse statt. Die Optimierung der nötigen interdisziplinären und interinstitutionellen Zusammenarbeit, inner- wie auch interkantonal, ist im Gang.

**Raoul Jaccard:** Die Zusammenarbeit zwischen den Fachstellen für Bedrohungsmanagement wird dadurch erleichtert, dass wir uns regelmässig treffen (Erfahrungsaustausch, SPI-Kurs *Ausbildung Bedrohungsmanagement*, Weiterbildungsveranstaltung). Dadurch sprechen wir die gleiche Sprache. Wir benutzen zum Beispiel auch ein gemeinsames Instrument zur Risikobeurteilung (das von J. Endrass entwickelte Octagon, das in der vorliegenden Ausgabe vorgestellt wird). Natürlich wäre es optimal, wenn jeder Kanton eine solche Fachstelle hätte. Fedpol ist übrigens auch am regelmässigen Erfahrungsaustausch vertreten und verfügt über gut geschultes Personal. Falls internationale Zusammenarbeit notwendig ist, können wir auf die gängigen Netzwerke (Europol, Interpol) zurückgreifen. Allerdings sind solche Situationen selten. Wichtig ist vor allem, dass der Austausch innerhalb der Schweiz verstärkt wird.

**form<sup>at</sup> magazine:** Welche Vor- und Nachteile beinhaltet ein gesamtheitlicher Ansatz des Bedrohungsmanagements gegenüber einem Ansatz, der einzelne Teilaspekte jeweils separiert behandelt (z.B. Radikalisierungsprävention, Hooliganismus-Prävention, Amokprävention)?

**Raoul Jaccard:** Klare Abgrenzungen zwischen Präventionsstellen erhöhen die *Linkage Blindness* – die Fähigkeit, bestehende Zusammenhänge zu erkennen, nimmt ab. Allerdings ist es hierbei wichtig, zwischen Primär- und Sekundärprävention zu unterscheiden. Eine Fachstelle für Bedrohungsmanage-

ment betreibt eher Sekundärprävention: Das heisst, es bestehen Hinweise darauf, dass ein oder mehrere spezifische Täter eine Gewalttat ausüben könnten; es müssen daher Massnahmen getroffen werden, um die Ernsthaftigkeit der Situation zu prüfen und das Risiko zu verringern. In dieser Hinsicht ist es zwingend, auf gut ausgebildete und erfahrene Personen zurückgreifen zu können. Falls das Bedrohungsmanagement in den verschiedenen Bereichen nicht durch die gleichen Fachpersonen vorgenommen wird, verhindert dies den Aufbau richtiger Expertise auf diesem Gebiet.

**Sabine Riniker:** Gestützt auf unsere Definition der KBM-Fälle (siehe Antwort auf Frage 1) ist die Motivlage lediglich sekundär, d.h. das Motiv kann für die Wahl der geeigneten Massnahme mitentscheidend sein. Ausschlaggebend ist jedoch das Gefahrenpotential für Dritte. Wenn wir das Vorliegen eines solchen bejahen müssen, wird es zum KBM-Fall. Und bei diesem ist der ganzheitliche Ansatz, interdisziplinär und -institutionell, matchentscheidend.

**Markus Jungo:** Einen gesamtheitlichen Ansatz empfiehlt die PKPS hinsichtlich Doktrin, Taktik, Arbeits- und Vorgehensweisen (*Good Practices*). Hingegen sind Teilaspekte in den einzelnen Kantonen sicherlich interkantonale, operative Debriefings bei aussergewöhnlichen Vorfällen, spezifische Arbeitsgruppen oder besondere Problemfelder, mit denen wir uns zu befassen haben. Ein Nachteil für den gesamtheitlichen Ansatz ist gelegentlich die jeweils kantonale Souveränität. Vielfach können Empfehlungen deshalb nur teilweise umgesetzt werden. Ausserdem fühlen sich kleinere Kantone, welche gar nicht oder kaum mit Gewalt im Sport konfrontiert sind, verständlicherweise von dieser Problematik weniger angesprochen.

**format magazine:** Inwiefern kann die Beschaffung von Informationen (insbesondere im Rahmen des Community Policing) das Bedrohungsmanagement unterstützen? Gibt es in dieser Hinsicht Grenzen zu beachten?

**Raoul Jaccard:** Für das Bedrohungsmanagement ist die Informationsbeschaffung zentral. Auch das leistungsstärkste Risikobeurteilungsinstrument wird nur

sinnvolle Hinweise liefern, wenn es mit guten Informationen bedient wird. Ausserdem ist eine Analyse nur zum Zeitpunkt ihrer Durchführung gültig. Das Risiko kann sich rasch ändern, aufgrund verschiedener Faktoren (z.B. falls ein möglicher Gewalttäter erfährt, dass er entlassen wird oder er seine Antipsychotika absetzt). Diese Arbeit muss daher ständig, oder zumindest so oft wie möglich, aktualisiert werden. Auch die Reaktionszeit muss sehr kurz gehalten werden. Die Fachstellen müssen bei auftretenden Situationen sehr rasch reagieren können. In anderen Worten: Ein Bedrohungsmanagement muss über ein System verfügen, das sicherstellt, dass der Fachstelle allfällige Veränderungen von Situationen oder Verhalten von Tätern oder Zielpersonen kommuniziert werden. Dabei spielt das Community Policing (CP) eine tragende Rolle. Bei der Neuenburger Polizei verfügen wir in jedem CP-Posten über eine/-n oder zwei Kolleginnen oder Kollegen, die als MPV-Kontaktpersonen agieren und entsprechend geschult wurden. Sie nehmen eine erste Situationsanalyse vor und leiten die erhaltenen Informationen in gewissen Fällen weiter. Die Frage nach dem Informationsfluss zwischen Frontpolizisten und nachrichtendienstlichen Stellen muss in Zukunft weiter vertieft werden.

**Markus Jungo:** Gerade Community Policing ist in diesem Bereich von grösster Wichtigkeit. Die Beschaffung von Informationen im Hinblick auf ein rotes Spiel (Hochrisiko) ist unabdingbar für den betroffenen Einsatzleiter. Wie viele Ordnungsdienstleute setze ich ein? Welche Ordnungsdienstelemente sind der Analyse angepasst? Welche Taktik stelle ich welcher Fanggruppierung entgegen? Nur aufgrund profunder Kenntnisse der einzelnen Gruppierungen und der Beschaffung von sachdienlichen Informationen ist eine solche Risikoanalyse möglich. Miteinbezogen werden in die Analyse müssen auch die Anreisewege und die damit verbundenen Möglichkeiten. Grenzen sind in diesem Bereich vom Gesetzgeber klar definiert. Dabei müssen auch die rechtsstaatlichen Prinzipien stets eingehalten werden.

**Sabine Riniker:** Die FS KBM ist auf möglichst zuverlässige und relevante Informationen über potentielle Gefährder angewiesen. In unserem Kanton wird die FS KBM bei der Informationsbeschaffung durch die

*Community Policing ist in diesem Bereich von grösster Wichtigkeit.*



lokal verankerten und tätigen Polizeiangehörigen unterstützt. Bei der Informationsbeschaffung gelten die allgemeinen Rechtsgrundlagen gemäss KapoG (bzw. Nachrichtendienstgesetz im Bereich Terrorismusbekämpfung/Verhinderung).

**format magazine:** Ist es wirklich die Aufgabe der Polizei oder anderer staatlicher Institutionen, präventiv auf potenziell gewalttätige Verhalten entgegenzuwirken? Liegt es nicht in der Verantwortung jedes Einzelnen, sich nicht unnötigen Risiken auszusetzen?

**Sabine Riniker:** Selbstverständlich ist dies die Rolle der Polizei: Polizeiorganisationen wurden errichtet, um die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten und Gefahren abzuwehren, mithin Straftaten und Unfälle zu verhüten. Prävention ist neben der Strafverfolgung die Hauptaufgabe der Polizei, vgl. §§ 1–4 KapoG. Liegt es nicht in der Verantwortung jedes Einzelnen, sich nicht unnötigen Risiken auszusetzen? Im Wissen, dass keine absolute Sicherheit zu erreichen ist, hat der Staat mit Hilfe der Polizei die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten. Dies berührt die Eigenverantwortung des Einzelnen nicht. Die Polizei verhütet beispielsweise Unfälle und Straftaten, indem sie die Bevölkerung informiert (§ 1 Abs. 2 KapoG). Gerade die FS KBM verhütet mittels Information: Potentiellen Opfern werden Verhaltensempfehlungen abgegeben und mit potentiellen Gefährdern wird eine Ansprache durchgeführt. Ob diesen Empfehlungen und Informationen nachgekommen wird, kann die FS KBM niemandem «befehlen».

**Raoul Jaccard:** Natürlich ist jede Person in erster Linie für die eigene Sicherheit zuständig. Allerdings besteht ein wichtiger polizeilicher Auftrag darin, präventiv gegen identifizierte Sicherheitsrisiken vorzugehen.

*Nach jeder Tragödie wird die Frage aufgeworfen: Ist der Staat all seinen «Pflichten» nachgekommen?*

Die Bevölkerung erwartet von der Polizei, dass sie die Informationen, die sie erhält (oder bereits hat), sinnvoll einsetzt und Abläufe zur Früherkennung potenzieller Gewaltsituationen entwickelt. In dieser Hinsicht sind die Erwartungen der Bürger stark gestiegen. Nach jeder Tragödie wird die Frage aufgeworfen: Ist der Staat all seinen «Pflichten» nachgekommen? Ob dies richtig ist oder

nicht, spielt eine untergeordnete Rolle – das Paradigma hat sich verändert.

**Markus Jungo:** Prävention ist ein wichtiger Bestandteil der Polizeiarbeit und dies unabhängig davon, um welchen Bereich es sich handelt. Die Sicherheit auf öffentlichem Grund bei Sportveranstaltungen obliegt der Polizei, diejenige in den Stadien den Veranstaltern. Es ist jedoch klar, dass sich ein Veranstalter nicht einfach aus der Verantwortung ziehen darf. Eine Sportveranstaltung muss ganzheitlich betrachtet werden, dazu gehören auch die An- und Rückreisewege. Die PKPS hat die Aufgabe, nach gesamtheitlichen Lösungen zu suchen, was jedoch nur durch eine schweizweite Vernetzung möglich ist («In Krisen Köpfe kennen»). Diesem Aspekt wird nun mehr und mehr Rechnung getragen. Man darf in einem Rechtsstaat vom Einzelnen nicht erwarten, dass er einer Veranstaltung fernbleibt, nur um sich keinen Risiken auszusetzen. Ein solches Verhalten würde bezüglich des Vertrauens und der Möglichkeiten der Polizei einer Kapitulations- oder Bankrotterklärung gleichkommen.

**format magazine:** Besteht nicht das Risiko, dass ein proaktives Bedrohungsmanagement eine mögliche Tat sogar begünstigt?

**Raoul Jaccard:** Ja, durchaus! Zum Beispiel kann der Entscheid, eine Person, die Drohungen ausgesprochen hat, präventiv zu inhaftieren, die Tatumsetzung begünstigen. Es kann sein, dass die Person nach einigen Tagen wieder freigelassen wird, sich bestätigt fühlt und sich an der Person, die ihre Inhaftierung angeordnet hat, rächen will. Wir müssen bescheiden bleiben und akzeptieren, dass wir niemals in der Lage sein werden, alle Gewalttaten zu verhindern. Wir sind Menschen und haben mit Menschen zu tun – diese sind per Definition unvorhersehbar. In anderen Worten: Bedrohungsmanagement ist keine exakte Wissenschaft und auch die besten Analyseinstrumente sind nur eine Entscheidungshilfe. Allerdings bedeutet Subjektivität nicht, dass der Ansatz keine relevanten Resultate liefert. Falls trotz proaktivem Bedrohungsmanagement zur Tat geschritten wird, sollte man nicht den oder die Verantwortliche suchen – die Verantwortung liegt beim Täter. Natürlich ist es wichtig, die Gesamtsituation zu analysieren und die Handlungen und Unterlassungen der

Netzwerkpartner zu prüfen (Fachstelle für Bedrohungsmanagement, KESB, Gerichte, Bewährungshilfe usw.). Allerdings liegt das Hauptziel der Analyse im Lernprozess: Was können wir nächstes Mal besser machen?

**Sabine Riniker:** Wir sehen diese Gefahr kaum. Wichtig erscheint mir eine fundierte Triage bei der Einschätzung, ob es sich überhaupt um einen KBM-Fall handelt, sowie eine verhältnismässige Vorgehensweise im konkreten Einzelfall. Angemessenes präventives Verhalten durch die Polizei an sich ist nichts Neues. Mit der Schaffung der FS KBM und der rechtlichen Möglichkeit von interdisziplinären und interinstitutionellen Fallmanagements hat sich die Polizei vernetzt. Sie wurde zum *Single Point of Contact* für KBM-Fälle. Diese Vernetzung ist uner-

lässlich, damit schwierigste Situationen mit hohem Konflikt- und Gefahrenpotential möglichst ohne Verletzung von Leib und Leben entschärft werden können.

**Markus Jungo:** Proaktives Bedrohungsmanagement ist ein Muss. Es kann insofern eine Tat nicht begünstigen, als es sich vielfach um vorbehaltene Entschlüsse handelt, die erstellt werden, um am Tag X die passende Antwort parat zu haben und nicht kommuniziert werden. Die Abläufe müssen klar definiert sein, um die Phase des Chaos zeitlich kurz halten zu können. Eine Tat wird vielmehr dadurch begünstigt, dass Medien heute sehr offensiv über alles kommunizieren und somit Nachahmungstätern eine Plattform bieten können.

*Proaktives Bedrohungsmanagement ist ein Muss.*

## Porträts

**Sabine Riniker** ist Juristin – seit 2001 arbeitet sie beim Rechtsdienst der Polizei Kanton Solothurn. Davor war sie beim Kantonalen Amt für Migration in der Abteilung «Vollzug» tätig. Ihr Studium der Rechtswissenschaften hat sie in Bern absolviert.

Solothurn hat unter der Leitung der Polizei als erster Kanton ein Bedrohungsmanagement aufgebaut und 2013 eingeführt.

**Raoul Jaccard** ist Leiter des Psychologischen Dienstes der Kantonspolizei Neuchâtel (PONE). Er führt dort als Mitglied der AETAP (*Association of European Threat Assessment Professionals*) auch das Team «Bedrohungen & Gewaltprävention» (MPV). Seine

mit den Kantonspolizeien Solothurn, Bern und Zürich gesammelten Erfahrungen waren massgebend bei der Einführung des MPV. Er ist zudem Ausbilder am SPI-Kurs *Ausbildung Bedrohungsmanagement*.

**Markus Jungo** (Kantonspolizei Freiburg) ist Leiter der am 1. Mai 2016 ins Leben gerufenen schweizweiten Polizeilichen Koordinationsplattform Sport (PKPS).

Vorher war er an der Kantonspolizei Freiburg unter anderem als Chef der Region Nord, Offizier für Einsatz und Planung, im Community Policing und als Chef der Sondereinheiten tätig. Er ist Kursdirektor des SPI-Kurses *Gefahrenabwehr im Umfeld von Sportveranstaltungen*.